

Friedrichswahl – Tunnel vorantreiben

Der Stuttgarter Gemeinderat hat die Stadtverwaltung beauftragt, die weiteren Planungsschritte für den Umbau des Knotenpunkts B10/B27 Direktauffahrt Friedrichswahl mit einer langen Tunnelvariante voranzutreiben.

Zwischenzeitlich wurde eine Planungswerkstatt durchgeführt, deren Ergebnisse allgemeine Zustimmung erfahren haben – sowohl aus dem Bereich der Radfahrerinnen und Radfahrer als auch aus den Fraktionen des Gemeinderats.

Leider berichtet die Verwaltung in einer aktuellen Vorlage darüber, dass sie wegen der vorgenommenen Priorisierung der Ämter auf den Erhalt vorhandener Infrastruktur setzt. Dadurch könne das Projekt vorläufig nicht weiterverfolgt werden.

Für uns als CDU-Gemeinderatsfraktion ist das bei so einem wichtigen Vorhaben für Zuffenhausen beziehungsweise den ganzen Stuttgarter Norden keine akzeptable Situation. Ein langer Tunnel an der Friedrichswahl würde die Lebensqualität vor Ort deutlich steigern. Neben dem motorisierten Individualverkehr würden genauso Radfahrerinnen und Radfahrer profitieren. Auch mit Blick auf den Umweltschutz würde eine zeitnahe Realisierung Sinn ergeben.

Nachdem von anderen Gemeinderatsfraktionen zum Doppelhaushalt 2024/2025 zahlreiche zusätzliche Personalstellen insbesondere für neue Verkehrsinfrastruktur und eben nicht für den Erhalt vorhandener Infrastruktur beantragt wurden – zum Beispiel wurden zwanzig neue Stellen für den Ausbau der Radinfrastruktur beantragt – und diese vermutlich auch in den Beratungen eine Mehrheit im Gemeinderat finden werden, halten wir es für falsch, dass die Friedrichswahl erst mal nicht weiterverfolgt werden soll.

Für uns ist klar, dass ein Projekt, welches für alle Beteiligten ein Gewinn wäre, nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Wir haben deshalb die Verwaltung beauftragt, den benötigten Stellenbedarf für die Friedrichswahl zu definieren, damit wir diese noch in den aktuellen Haushaltsplanberatungen beantragen können. Aufgrund des breiten Konsenses, den die lange Tunnelvariante im Gemeinderat hat, erwarten wir das den zusätzlichen Personalstellen zugestimmt wird.